

Polarisierte Erinnerung? Das Gedenken an die nationalsozialistische und kommunistische Diktatur in Ungarn im Streit der politischen Parteien

Réka Szentiványi

Ungarn zählt heute zu den mit Abstand am stärksten polarisierten Ländern Europas. Die Beziehungen der ungarischen politischen Parteien untereinander sind von Konfrontationen und Feindseligkeit geprägt, ein dysfunktionales Miteinander, das in der Erforschung politischer Polarisierung bisher auf gestiegene politisch-ideologische Differenzen zurückgeführt wurde.¹ Diese Sichtweise wird dem Problem jedoch nicht vollumfänglich gerecht – gemäß eines neuen Forschungsansatzes, der auch die Grundlage des vorliegenden Beitrages bildet, resultieren anwachsende ideologische Gegensätze vielmehr daraus, dass politische Akteure tagesaktuelle Ziele unter Verletzung der Normen und Regeln eines demokratisch-pluralistischen Fairplay durchzusetzen versuchen. Um dieses Handeln zu legitimieren und den eigenen Einflussbereich durch eine fest an sich gebundene Wählerbasis aufrechtzuerhalten, greifen sie zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen stets und zwangsläufig existente Gegensätze auf und verfestigen sie zu sich gegenseitig ausschließenden Gruppenidentitäten.²

Auch im ungarischen Fall hat die Art der Verwendung – weniger die bloße Existenz oder Tiefe – ideologischer Gegensätze zur aktuell stark ausgeprägten Polarisierung beigetragen, wobei vor allem historische Themen und geschichtspolitische Maßnahmen von den politischen Parteien aufgegriffen wurden. Der vorliegende Beitrag untersucht dieses Zusammenspiel von Geschichtspolitik, als einer ins Politische gewendeten Dimension von

1 Vgl. Schmidt, Manfred: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 2010, S. 601. – Helms, Ludger: Polarisierung in der Demokratie. Formen und Wirkungen, in: OZP, 45. Jg., 2016, H. 3, S. 57–68, hier S. 59. – DiMaggio, Paul et al.: Have Americans' Social Attitudes Become More Polarized? In: American Journal of Sociology, 102. Jg., 1996, H. 3, S. 690–755, hier S. 693. – McCarthy, Nolan et al.: Polarized America. The Dance of Ideology and Unequal Riches. Cambridge, Massachusetts: MIT Press, 2006.

2 McCoy, Jennifer/Somer, Murat: Transformations through Polarizations, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 681, 2019, H. 1, S. 8–22, hier S. 6.

Erinnerungskultur, und der politischen Polarisierung, die Ungarn in den vergangenen Jahrzehnten durchlief. Dazu wird zunächst der hier verwendete Ansatz zur Erforschung politischer Polarisierung erklärt und im Anschluss auf die große Bedeutung eingegangen, welche die Erinnerungskultur als Handlungs- und Politikfeld Geschichte in der ungarischen Politik bereits seit der Systemtransformation spielt. Darauf aufbauend wird die Rolle der drei bisherigen Regierungsparteien im besagten Feld besprochen. Dabei wird erstens deutlich, dass erinnerungskulturelle Maßnahmen in Ungarn bereits seit dem Systemwechsel als ein Instrument der Politik verstanden und zur ideologischen Selbstverortung, zur Legitimation ihrer politischen Anliegen und Projekte sowie zur Delegitimation des politischen Gegners eingesetzt wurde. Zweitens zeigt sich, dass vor allem das konservative Lager durch seine Auswahl und Nutzung von Erinnerungskultur den ungarischen Polarisierungsprozess in Gang gesetzt und immer wieder vorangetrieben hat, woraus sich für diesen Beitrag zwangsläufig ein besonderer Fokus auf diese Seite des politischen Spektrums ergibt.

1. Ein neues Verständnis politischer Polarisierung

Sowohl in Bezug auf das ungarische Parteiensystem als auch auf die ungarische Bevölkerung gilt, dass sich das Land seit Ende der 1990er Jahre in zwei sich einander immer stärker entgegengesetzte politisch-ideologische Lager teilte. Der Spaltungsprozess wird dabei zumeist gemäß dem etablierten Verständnis des politischen Spektrums als eindimensionale Links-Rechts-Achse beschrieben und gemessen.³ Das Vorhandensein und die

3 Körösényi, András: Political Polarization and its Consequences on Democratic Accountability, in: CJSSP, 4. Jg., 2013, H. 2, S. 3–30, hier S. 13–16. – Vegetti, Federico: Political Polarization in Hungary. Paper prepared for the Pre-ISA Workshop on Polarized Polities, Georgia State University, 2016, S. 3, 5, unter: https://federicovegetti.github.io/pdfs/paper_hungary_2016.pdf (Stand: 27.09.2018). – Palonen, Emilia: Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary, in: Parliamentary Affairs, 62. Jg., 2009, H. 2, S. 318–334, hier S. 320ff. – Enyedi, Zsolt, Populist Polarization and Party System Institutionalization. The Role of Party Politics in De-Democratization, in: Problems of Post-Communism, 63. Jg., 2016, H. 4, S. 210–220, hier S. 213, 215. – Vgl. Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2016. Hungary Country Report, S. 1–36, hier S. 25, unter: http://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2016/pdf/BTI_2016_Hungary.pdf (Stand: 11.09.2018). – Vegetti, Federico, The Political Nature of Ideological Polarization. The Case of Hungary, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 681, 2019, H. 1, S. 78–96, hier S. 83, 93.

Verschärfung der politisch-ideologischen Gegensätze innerhalb Ungarns steht somit nicht infrage.

Wenn es jedoch darum geht, die Phänomene zu erklären, die mit dieser Polarisierung in Verbindung gebracht werden und die Ungarn in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus der breiten Öffentlichkeit sowie der (Politik-)Wissenschaft gerückt haben, greift das herkömmliche, *rein* ideologiebasierte Verständnis politischer Polarisierung⁴ zu kurz. Der feindselige und konfrontative Umgang der Parteien miteinander, die oftmals als provokant wahrgenommene Rhetorik und Verhaltensweise der vom Fidesz – Ungarischer Bürgerbund (ungarisch: Fidesz – Magyar Polgári Szövetség, kurz: Fidesz⁵) geführten Regierungskoalition im In- und Ausland oder die insgesamt abnehmende Demokratiequalität des Landes⁶ – sie alle treten zwar gemeinsam mit wachsenden ideologischen Differenzen auf, aus dem Vorhandensein dieser Gegensätze allein lässt sich jedoch noch nicht ableiten oder erklären, ob oder warum diese allgemein als negativ bewerteten Phänomene daraus folgen.

Um das Auftreten, die Treiber, die Mechanismen sowie schließlich die Folgen eines Polarisierungsprozesses zu identifizieren, wie er auch in Ungarn beobachtbar ist, muss der Blick vielmehr auf das Handeln politischer Akteure und ihre Beziehungen zueinander gelenkt, Polarisierung dementsprechend – oder vor allem – als ein *relationales* Phänomen betrachtet werden. In diesem Verständnis zeichnet sich politische Polarisierung dadurch aus, dass

„the normal multiplicity of differences in a society increasingly align along a single dimension, cross-cutting differences become reinforcing, and people increasingly perceive and describe politics and society in terms of ‚us‘ versus ‚them‘.“⁷

4 Zur bisher gängigen Definition politischer Polarisierung siehe: Schmidt, Wörterbuch zur Politik, S. 601. – Helms, Polarisierung in der Demokratie, S. 59.

5 Die Partei, als Bund Junger Demokraten (Ungarisch: Fiatal Demokraták Szövetsége, FIDESZ) gegründet, durchlief 1995 eine Umbenennung in Fidesz – Ungarische Bürgerpartei (Fidesz – Magyar Polgári Párt). Seit 2003 lautet der offizielle Name Fidesz – Ungarischer Bürgerbund (Fidesz – Magyar Polgári Szövetség). Aus Gründen der Lesbarkeit wird die Partei im Folgenden einheitlich als „der Fidesz“ bezeichnet.

6 Hegedüs, Dániel: Hungary Country Report (Freedom House Nations in Transit 2018), S. 1–20, hier S. 2ff, unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/NiT2018_Hungary.pdf (Stand: 15.11.2018).

7 McCoy / Somer, Transformations through Polarizations, S. 6. – Vgl. auch Baldassarri, Delia/Gelman, Andrew: Partisans without Constraint. Political Polarization

Anders ausgedrückt ist dann von politischer Polarisierung zu sprechen, wenn sich vorhandene Gegensätze zwischen politischen Gruppierungen zu sich gegenseitig ausschließenden Gruppenidentitäten verfestigen und die individuelle Zugehörigkeit zum politischen Lager, von der politischen Sphäre ausgehend, in immer weiteren Bereichen der Gesellschaft Bedeutung erlangt, sie also zunehmend zur sozialen Identität wird.⁸

Politische Akteure spielen eine bedeutende Rolle in der Entwicklung dieses Prozesses, vielfach durch bewusstes und vorsätzliches Handeln. Politische Parteien streben danach, eine eigene Wählerbasis zu mobilisieren und mittels einer gefestigten Gruppenidentität an sich zu binden. Um ein entsprechendes Zugehörigkeitsgefühl aufzubauen, greifen sie nicht selten bereits in der Gesellschaft vorhandene Bruchlinien und ideologische Gegensätze auf, um sie zur Basis einer Rhetorik und Politik zu machen, welche die Wählerschaft in (typischerweise) zwei Lager teilt, das eigene und das gegnerische.⁹ Dort, wo sie in diesen Mobilisierungs- und Abgrenzungsstrategien die etablierten Normen und Regeln eines stabilen und fairen demokratischen Pluralismus verletzen, tragen sie aber entscheidend dazu bei, Polarisierungsprozesse auszulösen.¹⁰ Das ist vor allem dann der Fall, wenn Akteure entlang der gewählten Bruchlinie die zwei Lager rhetorisch als sich *absolut* entgegengesetzt zu propagieren beginnen und diese mit moralischen Begriffen wie etwa Gut und Böse aufladen, sowie im Zuge dessen den politischen Gegner diffamieren und im politischen Prozess zunehmend der Logik eines Nullsummenspiels folgen. Einmal in Gang gesetzt lassen sich Polarisierungsprozesse indes nur schwer steuern und nehmen oftmals ein Eigenleben an, das die Spaltung – sowohl in relationaler Hin-

and Trends in American Public Opinion, in: American Journal of Sociology, 114. Jg. 2008, H. 2, S. 408–446, hier S. 439ff.

⁸ Vegetti, The Political Nature of Ideological Polarization, S. 82.

⁹ McCoy / Somer, Transformations through Polarizations, S. 13, 15. – McCoy, Jennifer / Somer, Murat: Toward a Theory of Pernicious Polarization and How It Harms Democracies: Comparative Evidence and Possible Remedies, in: The AN-NALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 681, 2019, H. 1, S. 234–271, hier S. 237, 240.

¹⁰ Vgl. McCoy, Jennifer / Rahman, Tahmina: Polarized Democracies in Comparative Perspective. Toward a Conceptual Framework, Paper presented at the International Political Science Association Conference in Poznan, Poland, 2016, S. 10, 11, unter: https://www.researchgate.net/publication/336830321_Polarized_Democracies_in_Comparative_Perspective_Toward_a_Conceptual_Framework (Stand: 11.09.2018).

sicht als auch ideologisch – zunehmend extremer und demokratieschädlicher werden lässt.¹¹

Die verwendeten Bruchlinien lassen sich häufig, aber nicht zwingend mit den traditionellen Kategorien von „links“ oder „rechts“ eines eindimensional verstandenen politischen Spektrums beschreiben. Zugleich bedeutet das nicht, dass ideologische Positionen in der Analyse politischer Polarisierung zu vernachlässigen sind, denn ohne die Betrachtung, welche Bruchlinien aus welchen Gründen ausgewählt wurden, ließen sich weder eine strategisch spalterische Rhetorik noch dazugehörige politische Maßnahmen nachweisen. In der Erforschung von Polarisierungsprozessen ist es jedoch von größerer Bedeutung, nachzuvollziehen, *wie* ideologische Differenzen von den Akteuren *verwendet* werden, als lediglich ihre Existenz und ihr Ausmaß zu erfassen.

Auch im Fall Ungarns wird politischen Akteuren – allen voran den parteipolitischen Eliten – eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der politischen Polarisierung des Landes attestiert.¹² Inhaltlich sind es hier vorrangig symbolische und geschichtskulturelle Themen, die von den politischen Parteien aufgegriffen wurden und um die sich scharfe Differenzen herausbildeten bzw. forcieren wurden. Die Teilung verläuft im Grundsatz zwischen einem urbanen, kosmopolitischen und liberalen Lager auf der

11 McCoy / Somer, Toward a Theory of Pernicious Polarization, S. 247. – Ob und inwiefern Polarisierung zum Selbstläufer wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab, im Besonderen aber davon, wie andere politische und gesellschaftliche Akteure auf jene Handlungen reagieren, die Spaltungsprozesse zu provozieren suchen. Einmal in Gang gesetzt wird es indes für alle Mitglieder einer Gesellschaft immer schwieriger, sich dem Spaltungsprozess zu entziehen. Einerseits schafft Polarisierung Anreize „to create strategic disagreement and practice shifting responsibility (the blame game), which in turn has a negative effect on the political bargaining process“ (Körösényi, Political polarization and its consequences on democratic accountability, S. 23). Andererseits steigt, wenn die politische Mitte sich immer weiter auflöst, der Druck auf den Einzelnen, doch eine Zugehörigkeit zu einem der entgegengesetzten Lager zu deklarieren. Laut McCoy und Somer sehen sich Individuen zudem der Herausforderung gegenüber, den eigenen moralischen Werten und Überzeugungen auch dann treu zu bleiben, wenn dies bedeutet, sich gegen die Interessen der eigenen Gruppierung zu wenden. Tun sie dies nicht, wachsen gruppeninterne Konformität und Homogenität – die Lager verfestigen sich weiter.

12 Enyedi, Zsolt: The Role of Agency in Cleavage Formation, in: European Journal of Political Research, 44. Jg., 2005, H. 5, S. 697–720. – Enyedi, Populist Polarization and Party System Institutionalization, S. 215. – Palonen, Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary, insbesondere ab S. 320. – Körösényi, Political Polarization, S. 13–16. – Vegetti, Political Polarization in Hungary, S. 5, 9.

einen und einem national und religiös gesinnten, eher ländlichen, konservativen Block auf der anderen Seite. Dieser Gegensatz lässt sich bis zu inner-ungarischen intellektuellen Kulturkämpfen des 19. Jahrhunderts sowie der Zwischenkriegszeit zurückverfolgen.¹³ Die Gründe, weshalb gerade diese Bruchlinie wiederbelebt und von politischen Akteuren verstärkt wurde, liegen in den Besonderheiten der ungarischen Systemtransformation und den Herausforderungen der ersten frei gewählten Regierungen Ungarns. Aufgrund derselben Umstände deckt sich die Teilung der ungarischen Parteienlandschaft zugleich aber nur bedingt mit den gängigen Kategorien von „politisch links“ und „politisch rechts“. Hinzu kommt, dass sich die politischen Lager Ungarns in den vergangenen fünfzehn Jahren auch intern auseinanderentwickelt haben, wobei der Fidesz heute gegenüber allen anderen Parteien, unabhängig ihrer ideologischen Positionierung, eine dominante Position einnimmt. Es ließe sich deshalb auch argumentieren, dass sich die Zweiteilung der ungarischen Parteienlandschaft und zunehmend auch der Bevölkerung inzwischen über die (Nicht-)Zugehörigkeit zum Regierungslager ausdrückt.¹⁴

2. Die Bedeutung von Erinnerungskultur in der Systemtransformation

Geschichtspolitische und symbolische Aspekte prägten den ungarischen Systemwechsel 1989/90 – im Vergleich zu allen parallel stattfindenden Transformationen Mittel- und Osteuropas – stärker als wirtschaftliche oder soziale Fragen, da hier die kommunistischen Machthaber ökonomische und demokratische Reformen einleiteten, noch bevor der politische Wi-

13 Vgl. Bayer, József: *Studies in Political Culture / Studien zur Politischen Kultur*, Budapest: MTA TK PTI, 2013, S. 16. – Dieringer, Jürgen: *Das politische System der Republik Ungarn. Entstehung – Entwicklung – Europäisierung*, Farmington Hills/Michigan: Opladen, 2009, S. 355. – Palonen, *Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary*, S. 212, 228.

14 Die weithin angenommene Links-Rechts-Bipolarität des ungarischen Parteiensystems ist allein schon aufgrund der Aufspaltung des linken Lagers in eine Vielzahl von Parteien und der animosen Abgrenzung der Jobbik vom Fidesz diskussionswürdig. Die Frage, ob das Parteiensystem stattdessen eher als tripolar oder, aufgrund der Dominanz des Fidesz, als *predominant party system* im Sinne Sartoris zu klassifizieren ist, ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrages. Aus diesem Grund wird im Folgenden das Konzept der Zweiteilung des Parteiensystems beibehalten, das im Grunde einer Links-Rechts-Achse folgt.

derstand gegen das Regime die breite Masse der Bevölkerung erfasst hatte.¹⁵

Ein hohes Mobilisierungspotenzial verblieb aber in der Erinnerung an Schlüsselereignisse Ungarns im 20. Jahrhundert. Das betraf insbesondere den vom kommunistischen Regime blutig niedergeschlagenen Volksaufstand vom Herbst 1956, dessen Erinnerung die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (ungarisch: Magyar Szocialista Munkáspárt, im Folgenden: MSZMP) zur Sicherung ihrer eigenen Herrschaft jahrzehntelang unterdrückt hatte.¹⁶ Die sich Ende der 1980er Jahre etablierenden Oppositionsparteien machten sich genau dieses Potenzial zunutze, indem sie die Erinnerung an die Ereignisse im Oktober und November 1956 gezielt ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung mit der MSZMP rückten. Die Staats- und Regierungspartei unternahm zwar rasch den Versuch, durch eigene Maßnahmen zur Aufarbeitung auch über dieses Thema die Diskursfreiheit wiederzuerlangen, ähnlich wie es ihr in Bezug auf ökonomische Reformen bereits gelungen war.¹⁷ Nachdem sie „1956“ jedoch über drei Jahrzehnte hinweg als *Konterrevolution* gebrandmarkt hatte, reichte die nun unter dem Druck der politischen Opposition erfolgte Anerkennung der damaligen Ereignisse als *Volksaufstand* höchstens dazu aus, die fehlende Legitimität des Regimes hervorzuheben.¹⁸

Zugleich löste dieselbe Erinnerung an den Aufstand auf allen Seiten, die am Runden Tisch den Übergang vom sozialistischen ins marktwirtschaftlich-demokratische System verhandelten, die Furcht davor aus, die

15 Klimó, Árpád von: Ungarn seit 1945, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 209, 211.

16 Kovács, Éva / Seewann, Gerhard: Juden und Holocaust in der ungarischen Erinnerungskultur seit 1945, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 54. Jg., 2006, H. 1, S. 24–59, hier S. 36. – Schmidt-Schweizer, Andreas: Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, München: R. Oldenbourg Verlag, 2007, S. 22–23.

17 Im Mai 1988 berief die MSZMP einen Ausschuss ein, um die Geschehnisse von 1956 aufzuarbeiten. Dieser gab im Januar 1989 als Ergebnis seiner Untersuchungen bekannt, dass er die damaligen Ereignisse als ‚Freiheitskampf‘ und ‚Volksaufstand‘ bewerte. Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, S. 114.

18 Vgl. Machos, Csilla: Wem gehört „1956“? Die Auseinandersetzungen der Parteien im postsozialistischen Ungarn um Erbe und Erben der Revolution, in: Bock, Petra / Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1999, S. 114–142, hier S. 115. – Vgl. Bayer, Studies in Political Culture, S. 20.

aktuellen Entwicklungen könnten erneut in Gewalt umschlagen.¹⁹ Die Besinnung auf 1956 unterstützte damit den Wunsch nach einem friedlichen und geordneten Übergang, für den freiwillig auf politische Macht (seitens der MSZMP), respektive auf eine Abrechnung mit den alten Machthabern (seitens der Oppositionsparteien) verzichtet wurde.

Im Gegenzug resultierte die gewaltfreie Transformation jedoch in personellen Kontinuitäten innerhalb der politischen Elite und in einer mangelnden Aufklärung kommunistischer Verbrechen.²⁰ Zudem etablierte sich damit bereits in der Geburtsstunde der ungarischen Demokratie, dass Geschichte und Erinnerung, dank ihres starken Mobilisierungspotenzials zugunsten und/oder als Quelle der Legitimität bestimmter politischer Parteien, ein wirkungsvolles *Instrument* für politische Akteure darstellten, um ihre ‚eigentlichen‘ Zielsetzungen zu erreichen.

Erinnerungskultur, speziell ihre politische Dimension als Politik- und Handlungsfeld Geschichte, hat in Ungarn also bereits seit der Etablierung des demokratischen Systems einen besonderen Stellenwert.²¹ Selbst ohne die Besonderheiten, wie sie der ungarische Fall aufweist, sieht sich jede Gesellschaft, die eine demokratische Systemtransformation durchläuft, erinnerungskulturellen Herausforderungen gegenüber. Das durch den Regimewechsel zwangsläufig einem Wandel unterworfen gesellschaftliche Selbstverständnis (und damit auch die politische Kultur) muss in Einklang mit dem neuen demokratischen System gebracht werden, um dieses zu sta-

19 Klimó, Ungarn seit 1945, S. 209.

20 Hansen, Hendrik: Das politische System des postkommunistischen Ungarn, in: Küpper, Herbert / Lengyel, Zsolt K. / Scheuringer, Hermann (Hrsg.): Ungarn 1989–2014. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Regensburg: Verlag Friedrich Pustet, 2015, S. 23–36, hier S. 28, 31. – Dieringer, Das politische System der Republik Ungarn, S. 314.

21 Rainer, János: Bewältigung und Kenntnis der Vergangenheit in Ungarn seit 1989 – ein vielfältiges Erbe, in: Florath, Bernd (Hrsg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011, S. 233–246, hier S. 233. – Fritz, Regina: Gespaltene Erinnerung. Museale Darstellungen des Holocaust in Ungarn, in: Fritz, Regina / Sachse, Carola / Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa, Göttingen: Wallstein Verlag, 2008, S. 129–149, hier S. 129. – Zum Konzept der Geschichtspolitik als politische Dimension der Erinnerungskultur siehe Wolfrum, Edgar: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder, in: Scheunemann, Jan (Hrsg.): Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2010, S. 13–47, hier S. 17, 19.

bilisieren und zu pflegen.²² Geschichtspolitik kann ein äußerst hilfreiches und zentrales Mittel sein, um das neue demokratische Regierungssystem zu deuten und zu stützen sowie im Idealfall die alte Ordnung und unter der Diktatur geschehenes Unrecht aufzuarbeiten.²³ Das ergibt sich aus dem Charakter kollektiver Erinnerung, die stets gegenwartsbezogen und Konstruktionen unterlegen ist. Historische Ereignisse, die zum Erinnern ausgewählt und inszeniert werden, dienen dazu, der Gesellschaft Orientierung, Identität, Legitimität sowie eine Definition von (Nicht-)Zugehörigkeit zur Gemeinschaft – kurz: ihr ein gegenwärtiges Selbstverständnis zu bieten.²⁴

Zugleich bedeutet das nicht, dass eine Gesellschaft nach der Transformation zwingend ein einzelnes homogenes, keine Kritik duldendes historisches Narrativ oder einen unumstößlichen Kanon an erinnerungswürdigen Ereignissen ausbilden müsste. Im Gegenteil, Erinnerungskultur ist nicht nur ohnehin stets von pluralem Charakter,²⁵ sondern das öffentliche Ringen um die Auswahl von und die Deutungshoheit über Erinnerungen kann bereits selbst als Ausdruck von Meinungsfreiheit und demokratischem Pluralismus angesehen werden. Es ließe sich gut argumentieren, dass gerade die ungarische Gesellschaft nach der Systemtransformation einer Pluralität und eines öffentlichen Ringens um ihre Erinnerungskultur(en) bedurfte. Erstens, weil der Fokus auf einen unter allen Umständen friedlichen Übergang verdeckte, dass die alten und neuen Eliten Ungarns keineswegs zu einem gemeinsamen Verständnis bezüglich des Wesens des nun demokratischen Staates gefunden hatten.²⁶ Zweitens, da in Ungarn aufgrund der kommunistischen Diktatur über 1956 hinaus noch weitere

-
- 22 Der Zusammenhang zwischen politischer Kultur und demokratischer Stabilität wurde zuerst von Almond / Verba beschrieben, siehe hierzu: Almond, Gabriel / Verba, Sidney: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Newbury Park: Sage Publications, 1989, S. 12.
- 23 Zum Zusammenhang zwischen Erinnerungskultur und politischer Kultur siehe: Wolfrum, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder, S. 20.
- 24 Ebd., S. 15–16. – Erll, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, Stuttgart: J.B. Metzler, 2017, S. 6–7.
- 25 Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, S. 100.
- 26 Dies zeigt sich allein schon in den Debatten um die Verfassung des Staates. Die 1989 erfolgte und noch vom alten kommunistischen Parlament verabschiedete Totalrevision der ersten schriftlichen Verfassung des Landes von 1949 war stets nur als Übergangsdokument gedacht gewesen, welches zwar Leitlinien des neuen politischen Systems festlegen, vor allem aber zunächst einen geregelten Übergang zur Demokratie gewährleisten sollte. Es war vorgesehen, das erste frei und demokratisch gewählte Parlament Ungarns über eine neue Verfassung abstimmen zu lassen. Nur wenige Monate nach der Wahl waren die Parlamentsparteien jedoch bereits so zerstritten, dass die Totalrevision von 1989 zwei Jahrzehnte in Kraft

bedeutende Ereignisse des 20. Jahrhunderts unbearbeitet geblieben waren, ob nun etwa der Vertrag von Trianon, die Zwischenkriegszeit oder die ungarische Beteiligung am Holocaust.²⁷

3. Grundlagen der Polarisierung Ungarns: Erinnerungskultur unter dem MDF

Die enorme Herausforderung der 1990 ersten frei gewählten konservativen Regierung unter Führung des Ungarischen Demokratischen Forums (ungarisch: Magyar Demokrata Fórum, im Folgenden: MDF) und dessen Ministerpräsidenten József Antall²⁸ bestand zunächst darin, gleichzeitig die politische wie auch die ökonomische Konsolidierung Ungarns zu bewältigen. Die Etablierung der Marktwirtschaft ging einher mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und Verarmung bei zugleich reduzierter Fürsorgefunktion des Staates. Infolgedessen nahm in der Bevölkerung die Zufriedenheit mit der Regierung allmählich spürbar ab. Die Regierungskoalition – die stark heterogene konservative Strömungen in sich vereinte und damit zusätzlich gefordert war, unter steigendem Druck den eigenen Zusammenhalt sicherzustellen – versuchte deshalb, ihre Legitimität auf andere Weise zu festigen und wählte dafür den Weg symbolisch-geschichtspolitischer Maßnahmen.²⁹ Der Anstoß für die Geschichtspolitik der Antall-Regierung war somit nicht die Befriedigung möglicher gegenwärtiger erinnerungskultureller Bedürfnisse der Gesellschaft als Ganzes, sondern erwuchs aus ihrem Bedarf an Rechtfertigung ihrer Regierungspolitik und an ideologischer Selbstverortung.³⁰

Thematisch rückte die Regierungskoalition in ihrer Geschichtspolitik alles Nationale in den Vordergrund. Die Beschwörung der ungarischen Nation legte den Fokus auf die wiedergewonnene Freiheit und Souveränität.

blieb und zudem unter nur sehr kontroversen Bedingungen 2011 von einem neuen Grundgesetz abgelöst wurde.

27 Rainer, Bewältigung und Kenntnis der Vergangenheit in Ungarn seit 1989, S. 236.

28 In der ersten freien Parlamentswahl 1990 wurde das MDF, dessen Vorsitzender József Antall war, stärkste Kraft. Das MDF ging eine Koalitionsregierung mit der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums (ungarisch: Független Kisgazda-, Földmunkás- és Polgári Párt, kurz: FKGP) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (ungarisch: Keresztyéndemokrata Néppárt, kurz: KDNP) ein. Nach dem Tod Antalls im Jahr 1993 übernahm der damalige Innenminister Péter Boros bis zur Parlamentswahl 1994 das Amt des Ministerpräsidenten.

29 Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, S. 209, 265.

30 Ebd.

tät des Landes und implizierte damit, die aktuelle Regierung sei bereits dadurch existenzberechtigt, dass sie nach Jahrzehnten der Diktatur die erste frei und demokratisch ins Amt gewählte war. Ein weiterer und besonders wichtiger historischer Anknüpfungspunkt der Regierung wurde das Ungarische Königreich in der Zeit von 1920 bis 1944 unter Miklós Horthy, war diese doch die einzige Epoche seit 1526, in der das Land volle nationalstaatliche Unabhängigkeit genossen hatte.³¹ Dieser Bezug muss als problematisch gelten, weil das Horthy-Regime als Diktatur klassifiziert werden kann und es zudem mit dem nationalsozialistischen Deutschland kollaborierte. Parallel hierzu wurde auch ein bereits zu früheren Zeiten existenter Mythos heraufbeschworen, der Ungarn als Opfer einer ganzen Kette nationaler Katastrophen und Unterdrückungen beschrieb, zu deren Bestandteil die Antall-Regierung auch die Zeit des Kommunismus erklärte.³² Das Narrativ der Opferrolle Ungarns gegenüber der kommunistischen Herrschaft korrespondierte mit den wiederkehrenden Bezügen zur Ära Horthy als ein dem Kommunismus entschieden entgegengerichtetes Regime sowie dem generell starken Antikommunismus, den die Regierung Antall während ihrer gesamten Amtszeit demonstrierte.

Allerdings blieb diese antikommunistische Haltung bezüglich einer tatsächlichen Aufarbeitung des durch die kommunistischen Machthaber begangenen Unrechts weitgehend folgenlos. Aufgrund der ausgehandelten Systemtransformation besetzten viele Mitglieder der vormaligen Elite weiterhin wichtige Positionen innerhalb des neuen demokratischen Systems, etwa im Justizapparat und der Verwaltung, weshalb sich die juristische Verfolgung von Tätern schwierig gestaltete.³³

Das Paradox der starken Abneigung gegen alles (vermeintlich) Kommunistische ohne gleichzeitige juristische Aufarbeitung begangener Verbrechen stand aber dem Aufbau einer konstruktiven und inklusiven politischen Kultur im Weg.³⁴ Die Antall-Regierung war bestrebt, ehemalige Kommunisten aus aktuellen politischen Aushandlungsprozessen herauszu-

31 Fritz, *Gespaltene Erinnerung*, S. 133.

32 Der Opfer-Mythos Ungarns reicht zurück bis zur Zeit der Osmanen, setzte sich fort über die Herrschaft der Habsburger und erreichte einen vorläufigen Höhepunkt im Vertrag von Trianon und der Besetzung Ungarns durch das NS-Regime. Zu diesem Thema siehe: Balogh, László Levente: Das Opfer als Erinnerungsmuster in der ungarischen Erinnerungskultur, in: Angelova, Penka / Müller, Manfred (Hrsg.): *Identitäten. Erinnertes 20. Jahrhundert*, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, 2015, S. 131–144.

33 Vgl. Schmidt-Schweizer, *Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002*, S. 223.

34 Vgl. Kovács / Seewann, *Juden und Holocaust in der ungarischen Erinnerungskultur seit 1945*, S. 41.

halten und sie zudem durch das Narrativ vom Kampf der ‚guten‘ (national-konservativen) gegen die ‚bösen‘ (kommunistischen) Kräfte gesellschaftlich zu marginalisieren.³⁵ Damit versagte die Regierung aber auch aktiven Akteuren des neuen politischen Systems – denn nichts anderes war etwa die Nachfolgepartei der MSZMP, die Ungarische Sozialistische Partei (ungarisch: Magyar Szocialista Párt, kurz: MSZP), die vor allem aus den Reformkommunisten der ehemaligen Staatspartei bestand³⁶ – die Teilhabe an und Integration in eben jenes System.

Die historischen Bezüge der Antall-Regierung ließen es zudem in den häufigen Anlehnungen an die Ära Horthy an kritischer Reflexion mangeln – etwa was die daran anknüpfende ungarische Beteiligung am Holocaust betraf –, und führten deshalb mit den liberalen Oppositionsparteien ebenfalls zu Problemen. Bereits in den ersten Monaten der Koalition fielen einige nicht unbedeutende Mitglieder der MDF-geführten Koalition durch offen rechtsradikale und antisemitische Ansichten auf. Kritik der liberalen Opposition an den getroffenen Äußerungen sowie auch an den geschichtspolitischen Maßnahmen der Regierung wurde jedoch als unpatriotisch deklariert und auf Basis dieses Vorwurfs unverzüglich verworfen.³⁷ Die Bedeutung des Nationalen erfuhr damit eine Zuspitzung: Hatte sie zunächst dazu dienen sollen, die Legitimität der Regierung aufgrund ihres demokratischen und souveränen Zustandekommens zu untermauern, lässt sich aus dem Vorwurf, eine kritische Opposition verhalte sich unpatriotisch, ableiten, dass die Regierung sich zunehmend als alleinige und ‚wahre‘ Vertreterin der ungarischen Nation verstand und damit als berechtigt, zu definieren, wer dieser Nation zugehörig sei.

Die Antall-Regierung demonstrierte noch in einem weiteren Bereich ihre Missachtung politischer Opposition, indem sie vehement (wenngleich letztlich erfolglos) versuchte, die wichtigsten Medien des Landes auf ihre Parteilinie zu bringen.³⁸ Sie vergiftete damit nachhaltig das politische Klima Ungarns – und das in einer Situation, in der die verschiedenen Partei-

35 Zum Zweck des Umschreibens der Geschichte siehe Fritz, Regina: Nach Krieg und Judenmord. Ungarns Geschichtspolitik seit 1944, Göttingen: Wallstein, 2012, S. 323–324.

36 Bayer, Studies in Political Culture, S. 14. – Machos, Wem gehört „1956“?, S. 135.

37 Die Partei und ihr Vorsitzender Antall duldeten diese konfrontativen Äußerungen, um die zentrifugalen Kräfte innerhalb der eigenen Partei einzuhegen und einer (letztendlich nicht mehr zu verhindernden) Spaltung des MDF vorzubeugen. Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, S. 209, 267, 252.

38 Bayer, Studies in Political Culture, S. 15.

en ohnehin bereits wenig zur Zusammenarbeit und Konsensfindung mit dem gegnerischen Lager bereit waren.

Die durch die Systemtransformation ausgelöste Neuverteilung von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital bedeutete nicht nur für die an der Regierungskoalition beteiligten, sondern für alle politischen Gruppierungen Ungarns einen Existenzkampf um Ressourcen und Legitimität.⁴⁰ Die Parteien waren deshalb bestrebt, sich möglichst deutlich und gerade auch ideologisch vom politischen Gegner abzugrenzen, um mit einem scharfen und distinkten Profil eine möglichst große Anhängerschaft – ein ausschlaggebender Faktor der eigenen Legitimitäts- und Machtisicherung – an sich zu binden.⁴¹ Das galt umso mehr für diejenigen Gruppierungen, die sich kurz vor oder während der Systemtransformation entwickelt und somit keinen Bezug zu prä-kommunistischen Traditionen oder gar Vorläufer aus dieser Zeit hatten.⁴² Insofern überrascht es nicht, dass es in dieser Situation zur Herausbildung ideologischer Gegensätze im Parteiensystem kam. Diese direkt im Anschluss an den Systemwandel aufkeimende Polarisierung wurde durch den Politikstil der Antall-Regierung und die von ihr verfolgte Geschichtspolitik rasch beschleunigt.⁴³ Dabei ist festzuhalten, dass das problematische Verhalten der Regierung nicht darin bestand, dass sie ihre eigene Ideologie und das von ihr an die Gesellschaft gestellte national-konservative Identitätsangebot historisch zu untermauern, noch dass sie beides im öffentlichen Diskurs zu platzieren und verankern suchte. Dem politischen Klima abträglich war vielmehr die dabei demonstrierte Missachtung politischer Opposition (in jegliche Richtung) mittels einer ausgrenzenden und letztlich auf die Delegitimierung des politischen Gegners ausgerichteten Rhetorik und Symbolik sowie der Umgang mit Kritik.⁴⁴

Von Beginn an war die Polarisierung Ungarns also weniger durch Auseinandersetzungen über *Inhalte* der Politik, sondern durch die *Verhaltensweisen und Handlungen* politischer Akteure geprägt.⁴⁴ Gleichfalls waren die unterschiedlichen historischen Narrative zur ungarischen Geschichte nicht allein Ausdruck eines gespaltenen Parteiensystems, vielmehr wurden erin-

39 Vgl. Bayer, Studies in Political Culture, S. 16–17.

40 Körösényi, Political Polarization and its Consequences on Democratic Accountability, S. 13–14.

41 Vgl. Machos, Wem gehört „1956“?, S. 120–21.

42 Bayer, Studies in Political Culture, S. 16–18.

43 Vgl. Körösényi, Political Polarization and its Consequences on Democratic Accountability, S. 16.

44 Vgl. Vegetti, Political Polarization in Hungary, S. 9.

nerungskulturelle Maßnahmen von Anfang an zu einem Instrument der Politik, mit dessen Einsatz die Regierung zumindest in Kauf nahm, eine weitere Spaltung des Parteiensystems zu provozieren. Die Ausbildung eines wenigstens in Grundzügen lagerübergreifenden Narrativs oder Konsenses bezüglich der ungarischen Erinnerungskultur war damit faktisch ausgeschlossen, nicht nur, aber vor allem bezüglich des Umgangs mit den Diktaturen, die Ungarn durchlebt hatte.⁴⁵

4. Pragmatismus statt Erinnerung: Geschichtspolitik der MSZP-Regierungen

Die geschichtspolitischen Maßnahmen, darunter auch der starke Antikommunismus der konservativen Antall-Regierung, konnten indes nicht verhindern, dass sich die über die ökonomische und soziale Lage enttäuschten Wählerschaft in den Parlamentswahlen 1994 der MSZP zuwandten und ihr zur absoluten Mehrheit verhalfen.⁴⁶ Die MSZP versuchte nach Beginn ihrer Amtszeit ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität als demokratische Partei vor allem dadurch zu untermauern, dass sie eine möglichst pragmatische Politik betrieb und eine breite Basis für von ihr geplante Maßnahmen zu erreichen suchte. Deswegen bildete sie etwa eine (der eigenen parlamentarischen Mehrheit nach keinesfalls notwendige) Koalitionsregierung mit dem Bund Freier Demokraten (ungarisch: Szabad Demokraták Szövetsége, kurz SZDSZ) und etablierte zugleich klare und institutionalisierte Verfahren zur Konfliktlösung innerhalb dieser Zusammenarbeit.⁴⁷

Das Politikfeld Geschichte war für die von Gyula Horn geführte Regierung von weitaus geringerer Bedeutung, als es für das MDF und seine Koalitionsparteien der Fall gewesen war. Obwohl die MSZP überwiegend aus denjenigen Mitgliedern der ehemaligen MSZMP bestand, die zum Re-

45 Kovács / Seewann, Juden und Holocaust in der ungarischen Erinnerungskultur seit 1945, S. 50.

46 Die Wahlniederlage des MDF läutete den langsamem Niedergang der Partei ein. Nach mehreren Abspaltungen (1993, 1996) und von Parlamentswahl zu Parlamentswahl abnehmenden Wählerstimmen (1998 wurde sie noch Teil der Regierungskoalition, 2010 schaffte sie den Einzug ins Parlament jedoch nicht mehr) löste sich die Partei in dieser Form schließlich auf. Körösényi, András / Fodor, Gábor / Dieringer, Jürgen: Das politische System Ungarns, in: Ismayr, Wolfgang / Richter, Solveig / Söldner, Markus (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, S. 357–417, hier S. 373, 390, 394.

47 Ebd., S. 373.

formflügel gehört und damit die Systemtransformation mit ermöglicht hatten, zog die Partei es doch vor, keine tiefgehende Aufarbeitung der jüngeren ungarischen Geschichte anzustoßen und/oder an dieser teilzunehmen. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung wurde zwar die ungarische Mitverantwortung am Holocaust anerkannt, unter dem kommunistischen Regime verübtes Unrecht blieb jedoch aus politischem Kalkül – als eine Form der Abgrenzung vom eigenen kommunistischen Erbe – weiterhin weitgehend unbearbeitet.⁴⁸

Die Regierung verpasste damit nicht nur die Chance, bezüglich der ungarischen Geschichte einen nationalen Konsens zu befördern oder diese zumindest als ein von parteipolitischen Interessen unabhängig existentes Politikfeld zu etablieren.⁴⁹ Sie eröffnete überdies den Parteien auf der konservativen Seite des politischen Spektrums den Freiraum, auch in der Opposition weiterhin große Teile der Erinnerungskultur in der Öffentlichkeit thematisch besetzt zu halten.

In ihrer erneuteten Amtszeit von 2002 bis 2006 zeigte sich die MSZP geschichtspolitisch weitaus aktiver, sowohl in der Anerkennung und Erinnerung an den Holocaust als auch in Bezug auf das Gedenken an den Volksaufstand 1956.⁵⁰ Größeres Gewicht wurde seitens der Regierung dennoch ökonomischen Themen sowie der Vorbereitung auf den 2004 erfolgten Beitritt Ungarns zur Europäischen Union (EU) eingeräumt. Nach 2006 hatte die Regierung zunächst mit dem Skandal um die erst nach der Wiederwahl bekannt gewordene sogenannte „Lügenrede“ des Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány zu kämpfen, kurze Zeit darauf mit den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, die sich in Ungarn stark niederschlug.

Es verfestigte sich damit die „Arbeitsteilung“⁵¹ der ungarischen Partei(en)landschaft bezüglich ihrer geschichtspolitischen Aktivitäten. Auf der einen Seite stand das kosmopolitisch-liberal-sozialdemokratische Lager, das in Bezug auf die Erinnerungskultur wenn, dann vorrangig die Verge-

48 Kovács, Éva / Seewann, Gerhard: Der Kampf um das Gedächtnis, in: Flacke, Monika (Hrsg.): *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Berlin: Dt. Historisches Museum, 2004, S. 817–845, hier S. 830. – Vgl. Fritz, Nach Krieg und Judenmord, S. 321–322.

49 Vgl. Benazzo, Simone: Not All the Past Needs To Be Used. Features of Fidesz's Politics of Memory, in: *Journal of Nationalism, Memory & Language Politics*, 11. Jg., 2017, H. 2, S. 198–221, hier S. 201.

50 Kovács / Seewann, Juden und Holocaust in der ungarischen Erinnerungskultur seit 1945, S. 50.

51 Bayer, *Studies in Political Culture*, S. 31.

hen der autoritären und totalitären Herrschaft der Vorkriegszeit anprangerte. Auf der anderen Seite befand sich das national-konservative Lager, das wiederum die Verbrechen der kommunistischen Herrschaft in den Vordergrund seiner Geschichtspolitik rückte.⁵²

5. Politisches Instrument: Erinnerungskultur der Fidesz-Regierungen

Wenngleich unter der Antall-Regierung die Grundlagen des Geschichtsverständnisses der national-konservativen Kräfte Ungarns gelegt wurden – die Auswahl der Inhalte, der Zweck der Erinnerung und auch die besondere Gewichtung der Geschichtspolitik gegenüber anderen innenpolitischen Themen –, war es letztlich der Fidesz, welcher dieses Politikfeld auf neue Ebenen geführt und zur dominanten Bruchlinie der ungarischen Gesellschaft hat werden lassen.

Ursprünglich war der Fidesz inhaltlich liberal ausgerichtet, aber aufgrund seiner Entstehungszeit während und Teilhabe an der Systemtransformation Ungarns stets klar antikommunistisch eingestellt.⁵³ Als Konsequenz der Parlamentswahl 1994, in der die Partei deutlich schlechter abschnitt als von ihr selbst erhofft, richtete sie sich neu aus und besetzte als nun national-konservative Kraft bald das vom MDF hinterlassene und von der MSZP vernachlässigte erinnerungskulturelle Vakuum innerhalb Ungarns.⁵⁴ Gleich dem MDF wurden die ungarische Nation, das Christentum, Antikommunismus und symbolische Referenzen an die Zwischenkriegszeit zu Ankerpunkten der Fidesz'schen Geschichtspolitik und sind es bis heute geblieben.⁵⁵ Die straff organisierte Parteistruktur und systematische Basisarbeit verhalf der Partei dazu, nach 1994 fast das gesamte politische rechte Lager zu vereinen und nur vier Jahre später erstmals die Regierungsmacht zu übernehmen.⁵⁶

Bereits in dieser ersten Amtszeit finden sich Kernelemente jenes konfliktreichen und letztlich polarisierenden Politikstils, den der Fidesz auch

52 Vegetti, Political Polarization in Hungary, S. 3.

53 Vgl. Machos, Wem gehört „1956“?, S. 126–127.

54 Benazzo, Not All the Past Needs To Be Used, S. 200. – Vegetti, The Political Nature of Ideological Polarization, S. 85.

55 Vgl. Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, S. 362, 425. – Kovács / Seewann, Juden und Holocaust in der ungarischen Erinnerungskultur seit 1945, S. 42, 53. – Benazzo, Not All the Past Needs To Be Used, S. 202ff.

56 Bayer, Studies in Political Culture, S. 15. – Vegetti, Political Polarization in Hungary, S. 6.

seit 2010 immer wieder demonstriert. Schon 1998 nutzte er die gerade erlangte Parlamentsmehrheit, um Strukturen des Regierungssystems zu eigenen Gunsten zu verändern und zugleich oppositionellen Spielraum zu verringern. Innerhalb des ersten Amtsjahres erfolgte u.a. ein tiefgehender personeller Austausch der öffentlichen Verwaltung (womit die Herausbildung eines parteiunabhängigen Staatsapparates verhindert wurde), die Reduktion des Sitzungszyklus des Parlamentes trotz des Protestes der Oppositionsparteien (faktisch eine Einschränkung der parlamentarischen Kontrollfunktion) und der Versuch, Einfluss über die öffentlich-rechtlichen Medien zu gewinnen.⁵⁷ Die Parallelen zum ersten Jahr nach dem Wahlsieg 2010 sind deutlich erkennbar. Vor allem dank der 2010 erstmals errungenen parlamentarischen Zweidrittelmehrheit sind die erneuten Versuche, den eigenen Geltungsbereich institutionell und strukturell zu erweitern, jedoch ungleich weitreichender, radikaler und letztlich erfolgreicher und nachhaltiger als zwischen 1998 und 2002.⁵⁸ Beispielhaft erwähnt sei nur die Einrichtung einer neuen Medien-Aufsichtsbehörde und die Unterstellung aller öffentlich-rechtlichen Medien unter eine zentrale Redaktion, der Personalaustausch nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, sondern auch im Justizwesen und in Kulturinstitutionen verschiedenster Art oder die Ablösung der ungarischen Verfassung durch ein neues Grundgesetz – all dies entgegen jeden nationalen wie internationalen Protestes.⁵⁹

Von Beginn der ersten Amtszeit an leitete die Fidesz-Regierung die Legitimation dieser Maßnahmen aus den historischen Ereignissen ab, auf die sie rekurrierte, etwa durch die Deutung des Wahlausgangs 1998 als *mehr als ein Regierungswechsel, weniger als ein Systemwechsel*.⁶⁰ Die Lösung begründete alle institutionellen Veränderungen einerseits durch die Suggestion, dass erst durch eine Fidesz-Regierung die ungarische Systemtransformation vollendet wurde, und andererseits durch den in ihr implizierten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Vorgängerregierung und nun politischen Opposition MSZP. Der Fidesz war bestrebt, alle Überbleibsel des kommunistischen Regimes aus der Öffentlichkeit zu verdrängen⁶¹ und die

57 Für einen ausführlichen Überblick über diese Maßnahmen der ersten Fidesz-Regierung siehe Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, S. 347–352. – Bezuglich der institutionellen Veränderungen siehe auch Körösényi / Fodor / Dieringer, Das politische System Ungarns, S. 373–374.

58 Vgl. Benazzo, Not All the Past Needs To Be Used, S. 199.

59 Vgl. Bos, Ellen: Das System Orbán. Antipluralismus in Aktion, in: Osteuropa, 68. Jg., 2018, H. 3–5, S. 19–32, hier S. 19ff.

60 Körösényi / Fodor / Dieringer, Das politische System Ungarns, S. 393.

61 Vgl. Benazzo, Not All the Past Needs To Be Used, S. 202.

MSZP galt und gilt in seinen Augen als direkter Nachfolger (und damit als verantwortlich für die Taten) der MSZMP.⁶² Die Lösung rechtfertigte damit die Ausgrenzung der MSZP aus politischen Aushandlungsprozessen und hatte überdies den Vorteil, dass der kategorische Antikommunismus die eigene Identität als *bürgerliche* Partei⁶³ noch untermauerte.

Geschichtspolitische Maßnahmen sollten auch kommunikations- und medienwirksam die eigene Präsenz im öffentlichen Raum festschreiben, dazu gehörten einmalige Veranstaltungen (wie etwa die Überführung der ungarischen Krone vom Nationalmuseum in das ungarische Parlament) ebenso wie die Errichtung mit nationaler Symbolik aufgeladener Architektur (wie dem Nationaltheater und dem Millenáris Park) oder die Schaffung staatlich geförderter und durch Fidesz-nahe Historiker (besonders häufig durch Mária Schmidt) geleiteter Institutionen.⁶⁴ Unbequeme Aspekte der Vergangenheit wurden dabei häufig minimiert oder schlicht verschwiegen, wie etwa das 2002 eröffnete Haus des Terrors eindrucksvoll zeigt. Das eigentlich der Aufarbeitung *beider* Diktaturen Ungarns im 20. Jahrhundert gewidmete Museum beschäftigt sich in seiner Dauerausstellung fast ausschließlich, dafür aber undifferenziert mit der kommunistischen Herrschaft und stellt zudem fälschlicherweise die Ungarn in ihrer Gesamtheit als Opfer beider Regime dar. Die ungarische Beteiligung an den Verbrechen beider Diktaturen bleibt faktisch unerwähnt, die ungarische Mitwirkung an der Shoah wird überhaupt nicht thematisiert.⁶⁵ Das Haus des Terrors vermischt überdies museale Konzepte mit Elementen einer Gedenkstätte für die Opfer beider Regime und emotionalisiert damit das Erinnerte zum Nachteil der Aufklärung über das Sujet. Dieses perfor-

-
- 62 HVG.hu: Mennyire utódpárt az MSZP? Mennyire őszinte a Fidesz?, 21. November 2011, unter: https://hvg.hu/itthon/20111121_mszp_mszmp_utodpart (Stand: 05.06.2019).
- 63 Vgl. Szabo, Ildiko: A Nemzet Fogalmi Konstrukciója a Fidesz Diszkuzusaiban 1998 és 2006 között, in: Politikatudományi Szemle, 16. Jg., 2007, H. 3, S. 129–159, hier S. 139.
- 64 Dazu gehörte etwa das XX. Század Intézet (zu Deutsch: Institut des 20. Jahrhunderts), die Arbeitsorganisation der zuvor ebenfalls neu gegründeten Közép- és Kelet-Európai Történelem és Társadalom Kutatásáért Közalapítvány (zu Deutsch: Öffentliche Stiftung zur Erforschung der Geschichte und der Gesellschaft Mittel- und Osteuropas). Vgl. Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, S. 361–362. – Szabo, A Nemzet Fogalmi Konstrukciója, S. 130–131. – Benazzo, Not All the Past Needs To Be Used, S. 203.
- 65 Ungváry, Krisztián: Egy a tábor, egy a zászló. A Fidesz történelemszemlélete, in: Magyar, Bálint (Hrsg.): Magyar polip. A posztkommunista maffiaállam 2, Budapest: Noran Libro Kiadó, 2014, S. 389–412, hier S. 394–395. – Kovács / Seewann, Der Kampf um das Gedächtnis, S. 831.

mative Element, durch das „anstatt gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse ein Lebensgefühl“⁶⁶ vermittelt werden soll, kennzeichnete die erinnerungskulturellen Unternehmungen des Fidesz damals wie heute.

Das konfliktreiche Handeln des Fidesz nicht nur, aber gerade im und über das Politikfeld der Geschichte bedingte maßgeblich die seit Anfang der 2000er Jahre zunehmende Spaltung der ungarischen Gesellschaft⁶⁷ entlang der parteipolitischen Bruchlinie zwischen national-konservativem und kosmopolitisch-liberalem Lager. Auch in den acht Jahren der Opposition ab 2002 fiel der Fidesz durch ein dezidiert polarisierendes Verhalten auf, insbesondere eine verschärzte Rhetorik.⁶⁸ Diese nahm zunehmend den Charakter eines in polarisierten Gesellschaften so typischen „manichean discourse“⁶⁹ an: eine rhetorische Strategie politischer Akteure, die mit klaren Freund-Feind-Schemata arbeitet und in der das eigene und das gegnerische politische Lager in einander absolut entgegengesetzten und moralisch aufgeladenen Begrifflichkeiten beschrieben werden. In der Fidesz'schen Variante dieser Rhetorik werden Gegensätze vor allem auf der Basis erinnerungskultureller Bezüge und Themen forciert. Besonders fällt dies in den Äußerungen Viktor Orbáns auf. Ein markantes und repräsentatives Beispiel ist seine in Reaktion auf die endgültige Bestätigung des Ergebnisses der Parlamentswahlen 2002 gehaltene Rede, in der es hieß:

„Das bürgerliche Ungarn ist nicht eines der kleineren oder größeren Teile dieses Landes. Das bürgerliche Ungarn ist das Ganze. [...] [D]ies ist unser Platz. Wir gehen hier nicht weg. Wir bleiben hier. Die Heimat besteht auch dann, wenn sie unter den Einfluss fremder Mächte gerät, wenn der Tartar, wenn der Turke wütet. Die Heimat besteht auch dann, wenn sie von historischen Stürmen geschüttelt wird. Die Heimat besteht auch dann, wenn die Regierungsverantwortung nicht bei uns liegt. [...] Mag sein, dass unsere Parteien und unsere Abgeordneten im Parlament in der Opposition sind, doch wir, die wir hier auf

66 Originalzitat: „Biztos tudományos alapokon nyugvó ismeretek helyett ezért a fideszes performatív történelem egyfajta életérzést tolmacsol [...].“ Eigene Übersetzung. Ungváry, Egy a tábor, S. 392.

67 Ebd., S. 388. – Vgl. Körösényi, Political polarization and its consequences on democratic accountability, S. 15.

68 Zum polarisierenden Verhalten zählte u.a. das Anzweifeln des Wahlergebnisses 2002 und der Versuch, durch die Schaffung von ‚Bürgerzirkeln‘ eine lautstarke und dauermobilisierte außerparlamentarische Opposition zu schaffen. Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, S. 403–405.

69 McCoy / Somer, Toward a Theory of Pernicious Polarization, S. 244. – Vgl. auch Vegetti, The Political Nature of Ideological Polarization, S. 86, 89.

diesem Platz sind, werden und können gar nicht in der Opposition sein, weil die Heimat nicht in der Opposition sein kann.”⁷⁰

In diesem Absatz finden sich alle der aufeinander aufbauenden bzw. teilweise ineinander übergehenden Elemente der Fidesz’schen Freund-Feind-Rhetorik wieder. Die Grundlage bildet eine eigene Definition dessen, was ‚Ungarisch‘ zu sein bedeutet. Darüber hinaus, dass nicht zwischen Ungarn als Staat oder als Volk unterschieden wird, ist ‚ungarisch‘ hier gleichgesetzt mit bürgerlich, d.h. dem eigenen Identitätsmarker als ‚Bürgerpartei‘. Auch durch Verwendung des kollektiven *Wir* – das sich in Orbáns Reden immer wieder findet – wird Ungarn mit dem Fidesz und seinen Anhängern gleichgesetzt. Damit wird ein Alleinvertretungsanspruch der Partei impliziert, nachdem nur sie den Willen der ungarischen Nation wahrhaft vertreten kann.⁷¹ An ein lang etabliertes Narrativ anknüpfend⁷² wird dieser Nation nun ein historischer wie potenzieller künftiger Opferstatus zugeschrieben, und damit eine besondere Schutzbedürftigkeit vor inneren wie äußeren Gefahren der eigenen Freiheit. In der zitierten Rede legt Orbán durch eine in mehrere Sätze geteilte Aufzählung – gekennzeichnet durch das wiederholte: „Die Heimat besteht auch dann, wenn [...]“ – einerseits nahe, dass der Verlust der Regierungsmacht in einer Reihe mit vergangenen nationalen Katastrophen und Souveränitätsverlusten steht, und etabliert andererseits, dass der politische Gegner außerhalb der ungarischen Nation steht und eine Bedrohung darstellt: „[...] wenn sie unter den Einfluss fremder Mächte gerät [...] von historischen Stürmen geschüttelt wird [...] die Regierungsmacht nicht in unseren Händen liegt.“ Auf diese Weise wird zugleich versucht, das eigene politische Lager als moralisch überlegen darzustellen und die Legitimität des politischen Gegners zu unterminieren. Deutlich wird Letzteres auch noch einmal in der Behauptung Orbáns,

70 Originalzitat: „A polgári Magyarország nem ennek az országnak az egyik kisebb vagy nagyobb része. A polgári Magyarország az egész [...], ez a helyünk. Innen nem megyünk el. Itt maradunk. Haza akkor is van, ha idegen hatalmak befolyása alá kerül, ha tatár, ha török dúl. Haza akkor is van, ha történelmi viharok rázzák. Haza akkor is van, ha nem a miénk a kormányzati felelősségg. [...] Meglehet, pártjaink és képviselőink az országgyűlésben ellenzékeben vannak, de mi, akik itt vagyunk a téren, nem leszünk és nem is lehetünk ellenzékeben, mert a haza nem lehet ellenzékeben.“ Eigene Übersetzung. Die Autorin weist auf die Herausforderung einer eindeutigen Übersetzung des Wortes „haza“ hin, welches ins Deutsche sowohl als „Heimat“, „Heimatstaat“, oder „Vaterland“ übertragen werden kann. Orbán, Viktor: Orbán Viktor beszéde a Dísz téren (Rede auf dem Dísz tér am 7. Mai 2002). <http://archiv.fidesz.hu/index.php?Cikk=1922>. (Stand: 04.06.2019).

71 Vgl. hierzu auch Bos, Das System Orbán. S. 24.

72 Siehe hierzu Fußnote 32 des vorliegenden Beitrages.

sein politisches Lager könne „[...] gar nicht in der Opposition sein, weil die Heimat nicht in der Opposition sein kann.“

Gemäß dem für sich selbst beanspruchten Status als wahrer Vertreter der Nation kann aus diesem Narrativ zudem eine Handlungsaufforderung und Begründung für den Fidesz abgelesen werden, alle angeblichen Gefahren der ungarischen Demokratie und Freiheit – per definitionem letztlich alle Kräfte, die außerhalb des eigenen Lagers stehen – mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzudrängen. Dieses Selbstbild trat spätestens nach dem Eklat um die „Lügenrede“ des Ministerpräsidenten Gyurcsány im Herbst 2006 offen zutage. Explizit sprach Orbán nun davon, dass sich seit dem Systemwandel in Ungarn eine neue Rechte ausgebildet habe, die „national, demokratisch, wettbewerbsfreundlich und sozial“ diametral der neuen Linken gegenüberstünde: „internationalistisch, autoritär, monopolistisch und antisozial.“⁷³ Der Fidesz, ein „Haus der Freiheit“, verteidige seit zwanzig Jahren das demokratische Ungarn gegen das von der MSZP vorangetriebene „Mehrparteiensystem ohne Demokratie“⁷⁴.

Die von Freund-Feind-Schemata geprägte Rhetorik wurde indes auch nach dem erdrutschartigen Sieg in den Parlamentswahlen 2010 nicht etwa zurückgenommen. Sie diente und dient im Gegenteil immer stärker dazu, den politischen Gegner aktiv mit plausibel klingenden Begründungen von politischen Prozessen auszuschließen.⁷⁵ Bereits die Deutung des Wahlausgangs als *Revolution in den Wahlkabinen*⁷⁶ – die erneut, wenn auch un-

73 Originalzitat: „[...] a jobboldal nemzeti, demokrata, versenybarát és szociális, az új baloldal pedig internacionálisista, autoriter, monopolista és antiszociális.“ Eigene Übersetzung. Orbán Viktor: Orbán Tusnádfürdői beszéde (Rede zur jährlichen Freien Sommeruniversität Bálványos in Tusnádfürdő am 21. Juli 2007), unter: http://2010-2015.miniszterelnok.hu/beszed/orban_viktor_tusnadvurd_337_i_beszed (Stand: 04.06.2019).

74 Originalzitat: „demokrácia nélküli többpártrendszer“. Eigene Übersetzung. Orbán, Viktor: Új egyezségre van szükség (Rede zur Sitzung des Fidesz-Landeskomitees am 29. März 2008), unter: http://2010-2015.miniszterelnok.hu/beszed/uj_egyezsegre_van_szukseg (Stand: 04.06.2019). – Ebenso äußerte sich Orbán auch hier: Orbánviktorn.hu: Vissza kell adni a választóknak a lehetőséget (Interview mit Viktor Orbán im Kossuth-Rádio-Programm „Háttér“ am 1. März 2007), unter: http://2010-2015.miniszterelnok.hu/interju/vissza_kell_adni_a_valasztoknak_a_lehet_337_seget (Stand: 04.06.2019).

75 Vgl. Koenen, Krisztina: Orbánismus in Ungarn. Ursprünge und Elemente der „Illiberalen Demokratie“, in: Osteuropa, 65. Jg, 2015, H. 11–12, S. 33–44, hier S. 43. – Vgl. Bos, Das System Orbán, S. 21.

76 Originalzitat: „avazófölkékben lezajlott forradalom“. Eigene Übersetzung. Orbán, Viktor: A Nemzeti Együttműködés Programja, S. 6. unter: <https://www.parlament.hu/irom39/00047/00047.pdf> (Stand: 04.06.2019).

gleich weitreichender als die ähnliche Lösung von 1998 die Idee eines Freiheitskampfes zitiert – ist ein Beleg dafür. Sie sprach der Vorgängerregierung jegliche Legitimität ab und wurde zum direkten Vorläufer und Begründung für die umgehend eingeleiteten und den eigenen Einflussbereich erheblich ausweitenden Maßnahmen des Fidesz. An diesen Redestrategien hat sich aber auch mit dem zunehmenden Bedeutungsverlust der MSZP und der zunehmenden inneren Aufspaltung der links-liberalen Opposition nichts geändert. Auf Basis des Mythos vom ungarischen Opferstatus und Freiheitskampf werden, gleich einer Schablone, stattdessen gezielt weitere Feindbilder entworfen – etwa die Europäische Union, geflüchtete Muslime, Nichtregierungsorganisationen (NRO) oder George Soros – und dabei mitunter ganz bewusst Konflikte geschürt, um die nachfolgende politische Debatte zu bestimmen.

Zwei eindrückliche Beispiele hierfür sind Orbáns 2016 und 2018 gehaltene Festreden anlässlich des Nationalfeiertags am 23. Oktober. In diesen widmet er sich weit weniger dem Gedenken an den Volksaufstand von 1956 als vielmehr dem Streit seiner Regierung mit der EU um den Umgang mit der Migrationskrise seit 2015.⁷⁷ Orbán inszeniert den Standpunkt seiner Regierung – durch die Verwendung des kollektiven Wir erneut als gesamtungarisch dargestellt – als moralisches Korrektiv gegenüber der EU, indem er dieses direkt aus der Erfahrung des Volksaufstandes ableitet: „Als Erben des Freiheitskampfes von '56 können wir es nicht akzeptieren, dass Europa jene Wurzeln kappt, die uns einst groß gemacht [...] haben.“⁷⁸ „Brüssel“ sei „vor der Sowjetisierung zu retten“⁷⁹ und Ungarn vor der Existenzvernichtung, denn: „Jene, die aus der Europäischen Union ein europäisches Reich machen wollen, sind ausnahmslos Befürworter der Einwanderung“⁸⁰, eben diese eingewanderten Menschen seien aber „Männer in wehrfähigem Alter“, welche die „alteingesessenen europäischen Bewohner [...] in die Minderheit“ drängten.⁸¹ Wiederholt betont Orbán die historische Zwangsläufigkeit und damit Richtigkeit der eigenen Haltung. Da es

77 Die Fidesz-Regierung lehnte es vehement ab, geflüchtete Menschen in Ungarn auf- und Vorgaben der EU diesbezüglich anzunehmen.

78 Orbán, Viktor: Festrede am 23. Oktober 2016, unter: Forrás hivatkozása: <http://www.miniszterelnok.hu/viktor-orbans-festrede-2/> (Stand: 04.06.2019).

79 Ebd.

80 Orbán, Viktor: Festrede zum 62. Jahrestag der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956 am 23. Oktober 2018, unter: <http://www.miniszterelnok.hu/viktor-orbans-festrede-zum-62-jahrestag-der-revolution-und-des-freiheitskampfes-von-1956/> (Stand: 04.06.2019).

81 Ebd.

„[...] kein freies, starkes, Respekt verdienendes und würdiges Europa ohne [...] die zweitausend Jahre alte Weisheit des Christentums“ geben könne, dürfe Ungarn nicht „tatenlos zusehen wie unverhüllt und organisiert der Grundboden, aus dem die europäische Zivilisation erwachsen ist, ausgetauscht wird.“⁸² Ungarn habe „kein einziges Mal um die Aufgabe gebeten, die Geschichte hat sie mit sich gebracht, das Schicksal hat sie uns zugemessen.“⁸³ Dass Geschichte damit für den Fidesz nicht mehr nur ein Politikfeld neben anderen ist, sondern zu einem grundlegenden Element seines konfrontativen und unversöhnlichen Politikstils wird, zeigt sich auch daran, dass inzwischen in noch radikalerer Weise das Narrativ der Bedrohung und des Zwangs zum Kampf auf das Vorgehen gegen NRO und George Soros angewendet werden. Besonders anschaulich beweist Orbán das in seiner Rede zum Nationalfeiertag am 15. März 2018, in der es heißt:

„Europa und Ungarn stehen inmitten eines zivilisatorischen Kampfes. Wir blicken einer Völkerwanderung ins Auge, die die bisherige Ordnung unseres Lebens und unsere Lebensweise in Gefahr bringt. [...] [W]ir müssen nicht mit den blutarmen kleinen oppositionellen Parteien ringen, sondern mit einem zu einem Imperium organisierten internationalen Netzwerk. Durch ausländische Konzerne und inländische Oligarchen ausgehaltene Medien, professionelle Lohnaktivisten, querulantische Organisatoren von Demonstrationen, das Netzwerk von durch internationale Spekulanten finanziert [sic] NRO-s, die durch den Namen von George Soros zusammengefasst werden und die er verkörpert. Gegen diese Welt müssen wir kämpfen, um die eigene zu verteidigen.“⁸⁴

Für die Erinnerungskultur in Ungarn blieb dieses Verhalten nicht ohne Folgen: Faktisch jeder Anlass, sich zu erinnern, wird heute zu einer Demonstration der gespaltenen politischen und gesellschaftlichen Atmosphäre und folglich auch einer polarisierten Erinnerung an die ungarische Vergangenheit. So kommt es etwa an ungarischen Gedenktagen oder Nationalfeiertagen – insbesondere am 23. Oktober und am 15. März – regelmäßig zu von den Oppositionsparteien abgehaltenen Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen gegen die Fidesz-Regierung, die häufig zeitlich pa-

82 Orbán, Festrede am 23. Oktober 2016.

83 Ebd.

84 Orbán, Viktor: Festrede zum 170. Jahrestag der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848/49 am 15. März 2018, unter: <http://www.miniszterelnok.hu/viktor-orbans-festrede-zum-170-jahrestag-der-revolution-und-des-freiheitskampfes-von-1848-49/> (Stand: 04.06.2019).

rallel zu den staatlichen Feierlichkeiten stattfinden.⁸⁵ Auch im Fall des Denkmals zur Erinnerung an die Opfer der deutschen Besatzung Ungarns auf dem Budapester Freiheitsplatz, das im Jahr 2014 errichtet wurde, zeigt sich die Spaltung deutlich (siehe Abb. 4 im Beitrag von Catherine Horel, S. 134 in diesem Band).⁸⁶ Von mehreren Seiten wurde bereits seit Veröffentlichung des Entwurfs kritisiert, dass dieses Denkmal Ungarn als gänzlich unschuldiges Opfer der deutschen Besetzung 1944 darstellt und damit die ungarische Mitwirkung an der Shoah verschweigt.⁸⁷ Ein von der Fidesz-Regierung anfänglich versprochener Dialog mit den Protestierenden fand nie statt, das Monument wurde – wenngleich unter Polizeischutz, da jeder Schritt der Bauarbeiten von Gegendemonstrationen begleitet wurde – in seiner ursprünglich geplanten Form im Frühjahr desselben Jahres errichtet.⁸⁸ Der Protest gegen das Denkmal wird bis zum heutigen Tag durch ein direkt davor eingerichtetes, sogenanntes „lebendiges Monument“⁸⁹ aufrechterhalten – und vom Fidesz seit ebenso langer Zeit ignoriert.

85 Während die Oppositionsparteien des links-liberalen Spektrums häufig gemeinsame Veranstaltungen organisieren, hält die Jobbik zumeist noch einmal getrennt davon eigene Gedenkfeiern ab.

86 Die Errichtung des Denkmals wurde im Dezember 2013 vom Fidesz-dominierten Parlament beschlossen. Es war Teil des ungarischen Holocaust-Gedenkjahres 2014, welches vom Fidesz aus Anlass des 70. Jahrestages des ungarischen Holocaust ausgerufen wurde und in dessen Rahmen u.a. auch Gedenkveranstaltungen abgehalten oder Publikationen zum Thema gefördert werden sollten. Kovács, Henriette / Mindler-Steiner, Ursula: Hungary and the Distortion of the Holocaust History. The Hungarian Holocaust Memorial Year 2014, in: Politics in Central Europe, 11. Jg., 2015, H. 2, unter: https://www.researchgate.net/publication/307668119_Hungary_and_the_Distortion_of_Holocaust_History_The_Hungarian_Holocaust_Memorial_Year_2014 (Stand: 25.02.2016).

87 Kritik äußerten u.a. ungarische Historiker, die deutsche und israelische Botschaft, aber auch die links-liberalen Oppositionsparteien und vor allem MAZSIHISZ, der Dachverband jüdischer Gemeinden Ungarns, welcher über diesen Streit gar seine Teilnahme am Gedenkjahr widerrief. Ebd.

88 Allein auf eine offizielle Einweihung des Denkmals verzichtete der Fidesz, vermutlich aufgrund der zu erwartenden Gegendemonstrationen.

89 Eigene Übersetzung. Dieses „Eleven Emlékmű“ besteht aus einer Vielzahl vor dem eigentlichen Monument abgelegter Erinnerungsstücke der ungarischen Deportierten, wie etwa Briefkopien und Fotografien, aber auch aus kleinen Steinen (in Anlehnung an den im Judentum verbreiteten Brauch, durch das Ablegen kleiner Steine auf Grabstätten Verstorbene zu ehren), Kerzen sowie aus Texten, die die Idee des ‚lebendigen Denkmals‘ erklären, über die Gründe für die Bewertung des offiziellen Denkmals als geschichtsverfälschend informieren oder die die Shoah in Ungarn erläutern.

Eine Abkehr der Partei vom beschriebenen polarisierenden Handeln ist bisher nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil: Konsequent und im Einklang mit dem Alleinvertretungsanspruch des Fidesz sieht der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Orbán die Lösung des (mitverursachten!) parteipolitischen Konflikts nicht im Anstoß lagerübergreifender Aushandlungsprozesse oder zumindest Diskurse, sondern in der Schaffung einer kulturell homogenen Nation mit einem zentralen Kraftfeld – seiner Regierungspartei.⁹¹

6. Fazit

Die Verantwortung für die grundlegenden Muster des ungarischen Polarisierungsprozesses und des Umgangs mit der ungarischen Geschichte, die sich nach der Systemtransformation etablierten, ist nicht einer einzelnen Partei zuzuschreiben. Ungarn und seine Parteien sind heute im Gedenken an die Geschichte des Landes durchaus ideologisch gespalten, die fehlende Kooperationsbereitschaft und Lagerbildung ging dieser inhaltlichen Entfernung voneinander jedoch voraus. Seit 1990 wurde Geschichtspolitik von allen Regierungen – ob durch aktives Handeln oder durch Unterlassung – als ein Instrument im immer explosiveren Streit der Parteien zur *eigenen* ideologischen Selbstverortung, Legitimation und Abgrenzung genutzt, anstatt zur Ausbildung einer gesamtungarischen Identität und eines allgemeinen Staatsverständnisses.⁹² Es war jedoch der Fidesz, der durch seinen antagonistischen, konfliktorientierten und antipluralistischen Politikstil die affektive und ideologische Spaltung Ungarns erstens maßgeblich beschleunigt und zweitens den Einsatz der Erinnerungskultur als Mittel zur Polarisierung und zur nachhaltigen Sicherung der eigenen Macht(-basis) perfektioniert hat.⁹³ Die Anknüpfung an vergangene Epochen der ungarischen Nation und die Beschwörung des historisch überlieferten Opfer-

90 Vgl. Bos, Das System Orbán, S. 24.

91 Auch die Zurückhaltung der MSZP auf dem Feld der Erinnerungspolitik erwuchs aus Eigeninteresse, weil sie damit auch einer Aufarbeitung der eigenen kommunistischen Vergangenheit entging. Aus diesem Grund fällt auch dieser Partei ein Teil der Verantwortung für die beschriebenen Entwicklungen zu.

92 Körösényi, Political Polarization and Its Consequences on Democratic Accountability, S. 13–16. – Bayer, Studies in Political Culture, S. 29. – Enyedi, 2016: Populist Polarization and Party System Institutionalization, S. 215. – Vegetti, Political Polarization in Hungary, S. 5. – Vegetti, The Political Nature of Ideological Polarization, S. 85ff.

narrativs bilden die legitimatorische Grundlage für fast alle politischen Maßnahmen, mit denen der Fidesz seine Dominanz in faktisch allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Systems Ungarns ausgebaut und, nach derzeitigem Stand,⁹³ nachhaltig gefestigt hat.

Seit geraumer Zeit lassen sich in Ungarn demokratieschädliche Effekte dieser neuen Qualität politischer Polarisierung beobachten. Dazu gehört etwa die Erosion der ungeschriebenen Regeln des Fairplay im politischen Aushandlungsprozess, die Schwächung der Gewaltenteilung, die sinkende Fairness des Wahlsystems oder die Zersplitterung und Marginalisierung politischer, gesellschaftlicher und medialer Opposition.⁹⁴ Das bedeutet indes nicht, dass der Polarisierungsprozess und seine Folgen nicht gestoppt oder umgekehrt werden können. Trotz ihrer Tendenz, sich selbst fortzuschreiben, bleibt politische Polarisierung immer akteursgeleitet. Parteiinterne Reformen des Fidesz, ein Zusammenschluss der zersplitterten Opposition zu einer intern geeinten und damit durchsetzungsstarken politischen Kraft oder wachsender Widerstand innerhalb der Bevölkerung gegen die beschriebenen Entwicklungen, der sich in einer breiten gesellschaftlichen Bewegung niederschlägt – sie alle bergen das Potenzial, die politische Polarisierung Ungarns zu überwinden. Es ist jedoch derzeit nicht absehbar, ob und inwiefern einer dieser Fälle eintreten wird, und dementsprechend auch nicht, in welche Richtung die ungarische Demokratie sich langfristig entwickeln wird.

Literatur

- Almond, Gabriel / Verba, Sidney: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Newbury Park: Sage Publications, 1989.
- Baldassarri, Delia / Gelman, Andrew: *Partisans without Constraint. Political Polarization and Trends in American Public Opinion*, in: *American Journal of Sociology*, 114. Jg., 2008, H. 2, S. 408–446.
- Balogh, László Levente: *Das Opfer als Erinnerungsmuster in der ungarischen Erinnerungskultur*, in: Angelova, Penka / Müller, Manfred (Hrsg.): *Identitäten. Erinnertes 20. Jahrhundert*, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, 2015, S. 131–144.
- Bayer, József: *Studies in Political Culture / Studien zur Politischen Kultur*, Budapest: MTA TK PTI, 2013.

93 Für einen Überblick sei verwiesen auf: Bos, *Das System Orbán*.

94 McCoy / Somer, *Toward a Theory of Pernicious Polarization*, S. 9. – Körösényi, *Political Polarization and Its Consequences on Democratic Accountability*, S. 21. – Vegetti, *The Political Nature of Ideological Polarization*, S. 90ff.

- Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2016. Hungary Country Report, S. 1–36, unter: http://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2016/pdf/BTI_2016_Hungary.pdf (Stand: 11.09.2018).
- Benazzo, Simone: Not All the Past Needs To Be Used. Features of Fidesz's Politics of Memory, in: *Journal of Nationalism, Memory & Language Politics*, 11. Jg., 2017, H. 2, S. 198–221.
- Bos, Ellen: Das System Orbán. Antipluralismus in Aktion, in: *Osteuropa*, 68. Jg., 2018, H. 3–5, S. 19–32.
- Bozóki, András: The Transition from Liberal Democracy. The Political Crisis in Hungary, in: *Mediations*, 26. Jg., 2012, H. 1, S. 1–23, unter: www.mediationsjournal.org/articles/the-transition-from-liberal-democracy. (Stand: 15.11.2018).
- DiMaggio, Paul et al.: Have Americans' Social Attitudes Become More Polarized? In: *American Journal of Sociology*, 102. Jg., 1996, H. 3, S. 690–755.
- Dieringer, Jürgen: Das politische System der Republik Ungarn. Entstehung – Entwicklung – Europäisierung. Farmington Hills/Michigan: Opladen, 2009.
- Enyedi, Zsolt: Populist Polarization and Party System Institutionalization. The Role of Party Politics in De-Democratization, in: *Problems of Post-Communism*, 63. Jg., 2016, H. 4, S. 210–220.
- Enyedi, Zsolt: The Role of Agency in Cleavage Formation, in: *European Journal of Political Research*, 44. Jg., 2005, H. 5, S. 697–720.
- Erll, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, Stuttgart: J.B. Metzler, 2017.
- Fritz, Regina: Gespaltene Erinnerung. Museale Darstellungen des Holocaust in Ungarn, in: Fritz, Regina / Sachse, Carola / Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa, Göttingen: Wallstein Verlag, 2008, S. 129–149.
- Fritz, Regina: Nach Krieg und Judenmord. Ungarns Geschichtspolitik seit 1944, Göttingen: Wallstein, 2012, S. 323–324.
- Hansen, Hendrik: Das politische System des postkommunistischen Ungarn, in: Küpper, Herbert / Lengyel, Zsolt K. / Scheuringer, Hermann (Hrsg.): Ungarn 1989–2014. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Regensburg: Verlag Friedrich Pustet, 2015, S. 23–36.
- Hegedüs, Dániel: Hungary Country Report (Freedom House Nations in Transit 2018), S. 1–20, unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/NiT2018_Hungary.pdf (Stand: 15.11.2018).
- Helms, Ludger: Polarisierung in der Demokratie. Formen und Wirkungen, in: *OZP*, 45. Jg., 2016, H. 3, S. 57–68.
- HVG.hu: Mennyire utódpárt az MSZP? Mennyire őszinte a Fidesz?, 21. November 2011, unter: https://hvg.hu/itthon/20111121_mszp_mszmp_utodpart (Stand: 05.06.2019).
- Jakab, András / Sonnevend, Pál: Kontinuität mit Mängeln. Das Neue Ungarische Grundgesetz, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 72. Jg., 2012, S. 79–102.
- Klimó, Árpád von: Ungarn seit 1945, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006.

- Koenen, Krisztina: Orbánismus in Ungarn. Ursprünge und Elemente der „Illiberalen Demokratie“, in: Osteuropa, 65. Jg., 2015, H. 11–12, S. 33–44.
- Körösényi, András / Fodor, Gábor / Dieringer, Jürgen: Das politische System Ungarns, in: Ismayr, Wolfgang / Richter, Solveig / Söldner, Markus (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, S. 357–417.
- Körösényi, András: Political Polarization and its Consequences on Democratic Accountability, in: CJSSP, 4. Jg., 2013, H. 2, S. 3–30.
- Kovács, Éva / Seewann, Gerhard: Der Kampf um das Gedächtnis, in: Flacke, Monika (Hrsg.): Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, Berlin: Dt. Historisches Museum, 2004, S. 817–845.
- Kovács, Éva / Seewann, Gerhard: Juden und Holocaust in der ungarischen Erinnerungskultur seit 1945, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 54. Jg., 2006, H. 1, S. 24–59.
- Kovács, Henriette / Mindler-Steiner, Ursula: Hungary and the Distortion of the Holocaust History. The Hungarian Holocaust Memorial Year 2014, in: Politics in Central Europe, 11. Jg., 2015, H. 2, unter: https://www.researchgate.net/publication/307668119_Hungary_and_the_Distortion_of_Holocaust_History_The_Hungarian_Holocaust_Memorial_Year_2014 (Stand: 25.02.2016).
- Machos, Csilla: Wem gehört „1956“? Die Auseinandersetzungen der Parteien im postsozialistischen Ungarn um Erbe und Erben der Revolution, in: Bock, Petra / Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1999, S. 114–142.
- Mayer, Gregor: Der Stürmer. Der Aufstieg des Viktor Orbán, in: Osteuropa, 68. Jg., 2018, H. 3–5, S. 187–209.
- McCarthy, Nolan et al.: Polarized America. The Dance of Ideology and Unequal Riches. Cambridge, Massachusetts: MIT Press, 2006.
- McCoy, Jennifer / Rahman, Tahmina: Polarized Democracies in Comparative Perspective. Toward a Conceptual Framework, Paper presented at the International Political Science Association Conference in Poznan, Poland, 2016, unter: https://www.researchgate.net/publication/336830321_Polarized_Democracies_in_Comparative_Perspective_Toward_a_Conceptual_Framework (Stand: 11.09.2018).
- McCoy, Jennifer / Somer, Murat: Toward a Theory of Pernicious Polarization and How It Harms Democracies: Comparative Evidence and Possible Remedies, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 681, 2019, H. 1, S. 234–271.
- McCoy, Jennifer / Somer, Murat: Transformations through Polarizations and Global Threats to Democracy, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 681, 2019, H. 1, S. 8–22.
- Orbán, Viktor: A Nemzeti Együttműködés Programja, unter: <https://www.parlament.hu/irom39/00047/00047.pdf> (Stand: 04.06.2019).
- Orbán, Viktor: Festrede am 23. Oktober 2016, unter: Forrás hivatkozása: <http://www.miniszterelnok.hu/viktor-orbans-festrede-2/> (Stand: 04.06.2019).

- Orbán, Viktor: Festrede zum 62. Jahrestag der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956 am 23. Oktober 2018, unter: <http://www.miniszterelnok.hu/viktor-orbans-festrede-zum-62-jahrestag-der-revolution-und-des-freiheitskampfes-von-1956/> (Stand: 04.06.2019).
- Orbán, Viktor: Festrede zum 170. Jahrestag der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848/49 am 15. März 2018, unter: <http://www.miniszterelnok.hu/viktor-orbans-festrede-zum-170-jahrestag-der-revolution-und-des-freiheitskampfes-von-1848-49/> (Stand: 04.06.2019).
- Orbán, Viktor: Orbán Viktor beszéde a Dísz téren (Rede auf dem Dísz tér am 7. Mai 2002). <http://archiv.fidesz.hu/index.php?Cikk=1922>. (Stand: 04.06.2019).
- Orbán, Viktor: Orbán Tusnádfürdői beszéde (Rede zur jährlichen Freien Sommeruniversität Bálványos in Tusnádfürdő am 21. Juli 2007), unter: http://2010-2015.miniszterelnok.hu/beszed/orban_viktor_tusnafurd_337_i_beszede (Stand: 04.06.2019).
- Orbán, Viktor: Új egyezségre van szükség (Rede zur Sitzung des Fidesz-Landeskomitees am 29. März 2008), unter: http://2010-2015.miniszterelnok.hu/beszed/uj_egyezsegre_van_szukseg (Stand: 04.06.2019).
- Orbánviktor.hu: Vissza kell adni a választóknak a lehetőséget (Interview mit Viktor Orbán im Kossuth-Rádio-Programm „Háttér“ am 1. März 2007), unter: http://2010-2015.miniszterelnok.hu/interju/vissza_kell_adni_a_valasztoknak_a_lehet_337_seget (Stand: 04.06.2019).
- Palonen, Emilia: Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary, in: Parliamentary Affairs, 62. Jg., 2009, H. 2, S. 318–334.
- Rainer, János: Bewältigung und Kenntnis der Vergangenheit in Ungarn seit 1989 – ein vielfältiges Erbe, in: Florath, Bernd (Hrsg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011, S. 233–246.
- Sabrow, Martin: Geschichte als Instrument. Variationen über ein schwieriges Thema, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63. Jg., 2013, H. 42–43, S. 3–11.
- Schmidt, Manfred: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 2010.
- Schmidt-Schweizer, Andreas: Politische Geschichte Ungarns von 1985 – 2002, München: R. Oldenbourg Verlag, 2007.
- Szabo, Ildiko: A Nemzet Fogalmi Konstrukciója a Fidesz Diszkuzusaiban 1998 és 2006 között, in: Politikatudományi Szemle, 16. Jg., 2007, H. 3, S. 129–159.
- Ungváry, Krisztián: Egy a tábor, egy a zászló. A Fidesz történelemszemlélete, in: Magyar, Bálint (Hrsg.): Magyar polip. A posztkommunista maffiaállam 2, Budapest: Noran Libro Kiadó, 2014, S. 389–412.
- Vegetti, Federico: Political Polarization in Hungary. Paper prepared for the Pre-ISA Workshop on Polarized Polities, Georgia State University, 2016, unter: https://federicovegetti.github.io/pdfs/paper_hungary_2016.pdf (Stand: 27.09.2018).
- Vegetti, Federico: The Political Nature of Ideological Polarization. The Case of Hungary, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 681, 2019, H. 1, S. 78–96.

Wolfrum, Edgar: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder, in: Scheunemann, Jan (Hrsg.): Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2010, S. 13–47.